

Enkenbach, 29.06.2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

Planzahlen im Haushalt benötigen geprüfte Jahresabschlüsse der Vergangenheit. Trotz aller Anstrengungen der Finanzverwaltung fehlen nach wie vor geprüfte Jahresabschlüsse von 2013 bis 2018. Wir sind guter Hoffnung, dass die noch ausstehenden Jahresabschlüsse 2013 bis 2018 alsbald auf den Weg gebracht werden. Denn wie ja allen bekannt, sind lt. GemO § 114 die Jahresabschlüsse spätestens zum 31.12. des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres zu beschließen.

Wir erwarten zudem, dass bei den anstehenden Prüfungen, der Gemeinderat die Inhalte und Vorgaben, die sich aus § 113 GemO ergeben, anerkennt und damit dem Rechnungsprüfungsausschuss, der aus allen Fraktionen und Vertretern der Finanzabteilung besteht und eine gesetzliche Prüfpflicht zu erfüllen hat, in seiner Arbeit mit dem nötigen Respekt begegnet.

Die Versäumnisse werden uns ohnehin noch nach wie vor einige Zeit beschäftigen. Somit arbeitet die Verwaltung Monat für Monat und Jahr für Jahr die Altlasten ab.

Die Jahre 2019 und 2020 sind im neuen kommunalen Haushalt planerisch festgelegt und schließen mit einem **Ergebnishaushalt im Haushaltsjahr 2020** von Plus 332.631,00 €.

Der Ergebnishaushalt der Gemeindewerke weist auf Grund einer Beschlussvorlage für den Werksausschuss vom 09. Juni 2020 einen Fehlbetrag von Minus 729,00 Euro aus.

Der Finanzhaushalt schließt planerisch für das Jahr 2020 mit einem Minus von 1.419.740,00 €.

Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt nicht zuletzt im **Verlust** der Steuereinnahmen aufgrund der Pandemie. Allem voran im Verlust der **Einkommens- und Gewerbesteuer**.

Die Schuldenlast darf bei dieser Entwicklung nicht vergessen werden.

Zu denken gibt uns nach wie vor die **Entwicklung des Eigenkapitals** (EK).

Betrag des Eigenkapital am 31.12.2010 noch 33.511.683,10 € und planerisch per 31.12.2012 nur noch 27.175.065,70 €, ergibt sich hier bereits ein Delta von 6.336.617,40 €. Dies bedeutet eine weitere drastische Verringerung des EK innerhalb von nur 2 Jahren.

Eine Entwicklung der sich anschließenden Jahre bis 2019 kann bekanntlich auf Grund der fehlenden Jahresabschlüsse noch nicht vorgelegt werden.
Durch permanente Verluste jedoch hat sich das Eigenkapital in den Folgejahren ganz sicher nicht positiv entwickelt.

Das vorläufige Eigenkapital zum 31.12.2015 beträgt 24.273.482,08 €.

Bis 2019 dürfte sich das Eigenkapital letztlich auf rund 21 Millionen € reduziert haben !!!!

Die **Liquiditätskredite oder auch Kassenkredite** der Ortsgemeinde (ohne die Investitionskredite und ohne die Schulden der Gemeindewerke) betragen per **31.12.2019** nach wie vor mehr als 20 Millionen € - **genau genommen 20.512.211,65 € !!!**

Als Liquiditätskredite werden aufgenommene Schulden zur Deckung eines **kurzfristigen** Bedarfs an liquiden Mitteln (Dispokredit der Gemeinde) bezeichnet. Sie dienen nicht der Vermögensmehrung.

Nach einschlägiger Literatur werden in der Kommune die steigenden Liquiditätskreditbestände häufig als Indikator für eine finanzielle Krisensituation angesehen. Dauerhafte Bestände an Liquiditätskrediten zeigen auf, dass die betreffende Körperschaft auch dauerhaft über ihre Verhältnisse lebt.

Die Liquiditätskredite betragen bei Amtsantritt des Bürgermeisters zu Beginn des Jahres 2003 **413.000 €**. Heute betragen sie über 20 Millionen €.

Die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben erfolgt schon lange nicht mehr nur über den Kernhaushalt der Gemeinde. Im Laufe der Jahre haben die Kommunen im Allgemeinen einen erheblichen Teil der Aufgaben auf sogenannte Auslagerungen, wie z.B. bei uns auf Eigenbetriebe/Gemeindewerke verlagert, mit der Folge, dass neben den Gemeindehaushaltsschulden auch die Schulden der Extrahaushalte einzubeziehen sind.

Die **Gesamtverschuldung** (siehe Anlage) der OG Enkenbach-Alsenborn, also die **Summe** der **Schulden Ortsgemeinde und Eigenbetrieb Gemeindewerke** beziffern sich demnach **per 31.12.2019 bei rund 54 Millionen € - genau genommen 54.370.864,71 € !!!**

Das Problem der verlustbringenden Eigenbetriebe ist nach wie vor nicht behoben und macht notwendige Investitionen der Ortsgemeinde unmöglich, da wir auch perspektivisch gesehen die Verluste unserer Gemeindewerke ausgleichen werden müssen.

Mit dem Verkauf von gemeindeeigenen Grundstücken (soweit noch vorhanden) und der noch bestehenden Niedrigzinssituation alleine ist diese Schuldenlast auch langfristig nicht ohne weiteres auszugleichen, insbesondere wenn solche unvorhergesehenen Ereignisse wie die Corona-Pandemie, welche in Zukunft nicht auszuschließen sind, eine zusätzliche Belastung für den kommunalen Haushalt mit sich bringt.

Die aktuelle Situation der Corona-Pandemie stellt wahrhaftig unsere Kommunen in Rheinland-Pfalz vor große Herausforderungen. Besonders in finanzieller Hinsicht ist die Lage ernst, da wie schon erwähnt, bei allen Steuerarten die Einnahmen gesunken sind. Umso mehr begrüßen wir die Initiative unserer rheinland-pfälzischen Finanzministerin Doris Ahnen

und unseres Bundesfinanzministers Olaf Scholz unter dem Titel „Kommunaler Solidarpakt 2020“!!!

Zusätzlich zu den bereits vom Land als „Corona-Soforthilfe“ ausgezahlten 100 Mio. € werden die Kommunen hier nun weitere Hilfe in Form von Erstattungen erhalten, welche die Verluste der Gewerbesteuer ausgleichen sollen.

Da es sich hierbei um ein Hilfspaket handelt, welches eine unverschuldete Last mildern soll, verwundern uns doch sehr, die folgenden Aussagen unseres Bürgermeisters in seiner Haushaltsrede:

„Allen Kritikern unserer umfangreichen Investitionspolitik der letzten Jahre in unsere Infrastruktur und den Klimaschutz, die natürlich über Kredite/Darlehen finanziert wurden und von dem Einen oder Anderen schon als erdrückende Verschuldung bezeichnet wurde, sei dies nochmals deutlich vor Augen geführt:

Wir verdienen im Jahr 2020 mit unserer Verschuldung tatsächlich über 26.000 € für den Gemeindehaushalt. **Damit wird deutlich, dass wir einen sehr erfolgreichen Weg eingeschlagen haben.** Wir entwickeln unsere Gemeinde auf vielen Feldern weiter und verdienen damit sogar noch Geld.“

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wir deuten eine solche Aussage als Affront gegenüber allen andern Gemeinden, die nicht auf Kosten anderer und deren Notsituation Haushaltspolitik betreiben !!!

Haushaltsansätze zur nachhaltigen Verbesserung der Infrastruktur und zur Bewältigung der Kernaufgaben der Gemeinde sind zudem unter diesen Umständen und unter dieser Last nach wie vor schwierig.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf Grund dieser Politik unseres Bürgermeisters zukünftig wohl weiter auf ansteigende Steuern und Abgaben einstellen müssen.

An der Einstellung zur Haushaltspolitik des Bürgermeisters seit 2012 hat sich also nicht wirklich was verändert, obwohl Wenzel in seinem Wahlprogramm im Jahre 2012 folgendes ausführte:

„Politiker haben mancherorts einen schlechten Ruf, da sie teilweise vor Wahlen mehr in Aussicht stellen, als sie danach umsetzen können.

Vieles ist sicherlich wünschenswert und mit Geld kann auch vieles umgesetzt werden. Dabei sollten aber immer die finanziellen Möglichkeiten nicht außer Acht gelassen werden.

Denn wer permanent mehr Geld ausgibt als er einnimmt, wird seine Verschuldung ständig erhöhen. Dies gilt auch für Gemeinden.

Mit hohen Verschuldungen wird der Handlungsspielraum eingeeengt und am Ende bleiben nur noch Steuererhöhungen, um die wichtigsten Aufgaben erledigen zu können“.

Man könnte auch Mark Twain (1835-1910) zitieren:

Von nun an werde ich nur so viel ausgeben, wie ich einnehme, selbst wenn ich mir dafür Geld borgen muss !!!

Selbstredend möchten wir an dieser Stelle und fast schon regelhaft auf die Beurteilung der Haushaltssatzung für die Jahre 2019 und 2020 **und damit auf die mehr als kritischen Ausführungen der Kreisverwaltung Kaiserslautern, als Kommunalaufsicht** verweisen.

Ansonsten scheint der vorliegende planerische Nachtragshaushalt 2020 erwartungsgemäß seriös durch die Finanzabteilung der VG aufgestellt zu sein. Ein Dank an Herrn Steller und seinem Team. Wir können an dieser Stelle wiederholt einen hohen Grad an Fachkompetenz bescheinigen.

Der 1. Nachtragshaushaltssatzung werden wir nicht zuletzt auf Grund fehlender Jahresabschlüsse nicht zustimmen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Ralf Töpfer, Fraktionsvorsitzender SPD-Fraktion OG-Rat Enkenbach-Alsenborn

Anlagen:

Gesamtverschuldung OG Enkenbach-Alsenborn

Schreiben Kommunalaufsicht

Entwicklung des Kassenbestandes der
Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn

Stand: 30.06.2020

Jahre	„vorläufiger“ Kassenbestand jahresübergreifend
2006	- 1.732.325,31 €
2007	- 2.805.287,59 €
2008	- 2.203.834,33 €
2009	- 2.192.359,97 €
2010	- 3.228.930,41 €
2011	- 3.323.641,30 €
2012	- 8.287.201,30 €
2013	- 8.203.394,21 €
2014	- 10.327.506,59 €
2015	- 10.859.450,03 €
2016	- 18.797.188,12 €
2017	- 19.964.980,68 €
2018	-20.523.170,97 €
2019	-20.512.211,65 €

Gesamtverschuldung der OG E-A zum 31.12.2019

Liquiditätskredite OG E-A	20.512.211,65 €
Investitionskredite OG E-A	1.963.251,43 €
Liquiditätskredite Werke	6.436.269,19 €
<u>Investitionskredite Werke</u>	<u>25.459.132,44 €</u>
Gesamt	54.370.864,71 €